

# Schlammschlacht um Unterbringung Asylbewerbern von



Von MANFRED ROUHS | Während die Debatte um die Aufnahme frischer Flüchtlingskontingente aus dem abgebrannten griechischen Lager Moria in vollem Gange ist, arbeiten deutsche Gerichte immer noch die zivilrechtlichen Folgen des Asylchaos der Jahre 2015 und 2016 auf. Damals waren selbst billigste Unterkünfte in den deutschen Ballungsräumen mit einem Mal Gold wert. Dubiose Geschäftemacher bombardierten die Behörden mit überhöhten Rechnungen für die Unterbringung asylbegehrender Menschen. Manche Übernachtung erfolgte nur auf dem Papier. Mit dabei waren von Anfang an arabische Clans, die ihren Vorteil ausspielten, die Sprache eines gehörigen Teils der Schleuser zu sprechen und über beste Kontakte in kriminelle Milieus zu verfügen, aus denen heraus manche Verbrechervisage nahtlos vom Drogenhändler zum Herbergsvater für Merkels Gäste mutierte. Derzeit klagt einer der Clans für Unterbringungen in Berlin-Neukölln vom Land seiner Strafverfolger 45.000 Euro ein.

Der Betreiber einer Hinterhofpension in der Warschauer Straße im Berliner Bezirk Friedrichshain prozessiert gegen die öffentliche Hand sogar noch um 485.000 Euro, deren Forderung er auf 299 Übernachtungsrechnungen stützt. Das Land Berlin hatte „bis zu 50 Euro pro Person und Übernachtung“ zugesagt – das war deutlich mehr als der Normaltarif mancher Billigherberge. Wer wo und wie lange vor bald einem halben

Jahrzehnt wirklich übernachtet hat, lässt sich mittlerweile oft nicht mehr feststellen.

Satte 1,1 Millionen Euro verlangen die Betreiber eines bekannten Berlin-Marzahner Hostels von der öffentlichen Hand. Sie haben in einem alten Verwaltungsgebäude aus DDR-Zeiten in der Allee der Kosmonauten Etagenbetten aufgestellt und nehmen normalerweise zwischen 7,50 und 15 Euro pro Person und Übernachtung im Gemeinschaftszimmer ein – da sind 50 Euro eine schöne Steigerung. Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise 2015 und 2016 war dieses Haus voll mit Asylbewerbern ausgebucht und nahm vom freien Markt überhaupt keine Gäste mehr auf, nachdem die Übernachtungspreise zunächst auf 30 Euro in die Höhe geschneit waren.

Nicht alle Deutschen lehnen die Aufnahme weiterer Armutsfüchtlinge ab. Denn die Menschen müssen ja nicht nur untergebracht und gepflegt werden, sondern medizinisch versorgt, verwaltet und rechtlich vertreten. Kaum jemand tut dabei auch nur einen Handschlag für Gotteslohn. Die meisten „Helfer“ der „Flüchtlinge“ arbeiten nicht für ein Lob der Zivilgesellschaft, sondern für bare Münze. Und mancher kann es kaum erwarten, dass endlich „Nachschub“ den Weg nach Deutschland findet ...



*PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und hat die Broschüre „Coronazeit – Leben im Ausnahmezustand“ herausgegeben. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.*